

32

Paul Parin

Das Lügenarsenal des Westens

Die Produktion falschen Bewusstseins zum Zweck der Legitimierung von Politik

Heute, am 10. April 1994, wurde die vom bosnischen Militär verteidigte Enklave Goražde mit Artillerie- und Panzerbeschuss massiv angegriffen. Das Ziel der Angreifer, die Eroberung der Stadt und die Vertreibung der vorwiegend muslimischen Bevölkerung ist in greifbare Nähe gerückt. Diese Ereignisse haben in den letzten Tagen zur Produktion mehrerer miteinander vernetzter Lügen geführt: Die Erklärung des UNO-Hauptquartiers, die seit Mai 1993 anerkannte Schutzzone könne nicht früher als in einigen Wochen durch die Stationierung von UNO-Blauhelmen wirksam geschützt werden; die Erklärung des amerikanischen Verteidigungsministers William Perry, eine Drohung bzw. Durchführung von Schlägen der NATO-Luftwaffe sei dort nicht möglich - obwohl sich Panzer und schwere Artillerie als Ziele anbieten, die NATO einsatzbereit ist, und sich eine solche Drohung in Sarajewo als wirksam erwiesen hat; der geplante Besuch des kommandierenden UNO-Generals Rose sei aus Sicherheitsgründen nicht möglich - obwohl gleichzeitig sieben UNO-Beobachter nach Goražde reisen konnten. Eine weitere Lüge wurde mit Hilfe des Führers der bosnischen Serben Radovan Karadžić konstruiert: General Rose müsse in Sarajewo bleiben, um an einer Verhandlung über einen allgemeinen Waffenstillstand teilzunehmen - die selbstverständlich nicht zustande kam. Heute Abend ist es dann doch zum Angriff von zwei amerikanischen NATO-Flugzeugen auf serbische Stellungen vor Goražde gekommen.

Man könnte meinen, die leicht durchschaubaren Lügen hätten dazu gedient, der Öffentlichkeit das Zögern der UNO irgendwie verständlich zu machen, ohne ihre Ratlosigkeit zugeben zu müssen. Ich vermute jedoch, dass auch diese Vorspiegelung falscher Tatsachen einen tieferen Grund hat als den, über eine momentane Entscheidungsschwierigkeit hinwegzutäuschen. Ich bezeichne diese so wie zahlreiche andere Stellungnahmen der UNO und der EU (früher EG) als bewusste Lügen, weil sie alle dazu

33

dienen, eine uneingestandene politische Absicht zu kaschieren: Die Politiker und Militärs, die die Kriege angefangen haben und sie mit überlegenen Waffen und Streitkräften weiterführen, sollen ihre Ziele möglichst rasch und vollständig erreichen. Die UNO-Vermittler nennen das zynisch Friedenspolitik.

Für den Fall Goražde hiesse das, den Armeen, die nahe daran sind, die Stadt einzunehmen, soll Zeit und Gelegenheit gegeben werden, die bosnischen Truppen aufzureiben und die Bevölkerung (etwa 60'000 Zivilpersonen) zu vertreiben oder zu vernichten. Damit würde wieder ein wichtiger Teil des Gesamtplans, ein "ethnisch gereinigtes" Grossserbien zu errichten, mit Unterstützung der UNO und der internationalen Gemeinschaft verwirklicht.

Während UNO und EU vorgeben, militärische Aggression sollte nicht belohnt und Eroberungen nicht anerkannt werden, unterstützen sie planmässig die Angreifer; im Folgenden will ich einige der Lügen aufzählen, mit denen diese Absicht getarnt werden soll. Damit will ich einer historischen Analyse keineswegs vorgreifen, für die es noch zu früh ist; sie müsste sich auf Dokumente stützen, die noch für geraume Zeit nicht zur Verfügung stehen werden. In meiner Aufzählung beschränke ich mich auf Aussagen, Ausdrücke und Begriffe, die von Politikern und zum Teil von der westlichen Presse wiederholt verwendet werden und die ohne weiteres als Zwecklügen erkannt werden können. Sie dienen allesamt dazu, eine Politik zu legitimieren, die man weder juristisch noch im Rahmen der proklamierten politischen Prinzipien begründen könnte. Die Politik des Westens hatte (und hat vielleicht noch heute) zum Ziel, den Eroberungs-Vertreibungs- und Vernichtungskriegen zum Sieg zu verhelfen. Gleichzeitig werden der Weltöffentlichkeit Argumente geliefert, diese Option trotz und entgegen aller rechtlichen, politischen und humanitären Bedenken, die in den Medien geäussert werden, als unvermeidlich, notwendig und richtig, das heisst als rechtlich abgesichert und erfolgversprechend hinzustellen. Mit Ausdrücken, die im belagerten Sarajewo geprägt wurden, heisst das:

Der "exterministische" Krieg wird unterstützt, wird aber im Sinn der "CNN-Politik" getarnt. Es geht mir nicht um eine moralische Beurteilung von Wahrhaftigkeit und Lüge. Ich versuche ein politisches Prozedere, eine seit bald drei Jahren systematisch angewandte, propagandistische Begleitung der Diplomatie durchsichtig zu machen. Für uns in Westeuropa und besonders für die

34

intellektuelle Welt erhebt sich die Frage, wieso die "Produktion falschen Bewusstseins" so lange - wenn auch nicht lückenlos - gelungen ist, m.a.W. wieso wir oder fast alle den Lügen geglaubt haben und vielleicht bis heute glauben.

Das ist umso verwunderlicher als die meisten von den internationalen Gremien benützten Ausdrücke sinngemäss oder wörtlich dem Propaganda-Repertoire der Angreifer entnommen sind. Es ist bekannt, dass (besonders die ländliche) Bevölkerung von Serbien und Montenegro und Kroatien der äusserst geschickt inszenierten einseitig nationalistischen Propaganda der staatlichen Fernsehsender ausgesetzt sind. Dort wirkt die Propaganda als korrekte Darstellung wirklicher Verhältnisse während die Angegriffenen (seit zwei Jahren die Bosnier) Propagandalügen ohne

weiteres durchschauen. Da wir im Westen, z.B. in Deutschland, Österreich oder der Schweiz, TV-Sendungen aus Belgrad und Zagreb nicht empfangen, fällt bei uns das suggestive Moment (eine scheinbare visuelle Evidenz) weg, das dort wirkt, wo kaum andere Informationen hingelangen. Desto brennender wird die Frage, wieso wir die gleiche Leichtgläubigkeit an den Tag legen wie Bauern in den Bergen der Sumadija oder katholische Bosnier, die sich als Kroaten verstehen, im wilden bergigen Hinterland von Dalmatien.

Aus dem Lügen-Arsenal

Der Kriegsgrund von Rest-Jugoslawien ist die Sezession, erst von Slowenien, dann von Kroatien und Bosnien-Herzegowina, in zwei Varianten: als Verrat der Republiken am Föderativen Jugoslawien, oder als Ergebnis der Anerkennung dieser Republiken als selbständige Staaten durch einige Staaten der EG und die UNO. Auch EG-Vermittler haben wiederholt diese Auffassung vertreten.

Doch hatte Slowenien, das im Juni 1991 als erstes angegriffen wurde, seit den Wahlen im Jahr 1989 wiederholt und dringend den Wunsch vorgebracht, die Föderation in eine weniger eng organisierte Konföderation umzuwandeln, und wurde vom damals noch bestehenden Staatspräsidium nicht angehört. Kroatien folgte etwas später. Die Sezession wurde von Slowenien nach einer Parlamentsabstimmung und Volksbefragung am 26.12.1990 mit einer Frist von 6 Monaten angekündigt; es hat seine Unabhängigkeit also nicht "vorzeitig", wie im Westen wie-

35

derholt wurde, jedoch einen Tag vor Ablauf der sechsmonatigen Frist, erklärt, dann aber unter Druck eine weitere Frist von drei Monaten eingeräumt.

Die internationale Anerkennung von Bosnien-Herzegowina Ende März 1992 war nach wenigen Tagen vom konzentrischen Angriff serbischer Truppen und Freischärler gefolgt, der schon früher beschlossen und organisiert worden war.

Das serbische Regime hat die Sezessions-Absicht der Albaner in Kosovo seit 1981 immer wieder als Grund zur polizeilich-militärischen Unterdrückung angeführt, obwohl die demokratische Opposition der Albaner die Lostrennung als eine Möglichkeit unter anderen erst nach der völligen Entrechtung der albanischen Bewohner des Kosovo 1989 ins Auge gefasst hat. Stillschweigend haben EG und UNO der serbischen Version zugestimmt und gewarnt, die Abspaltung der Albaner könnte zur Ausweitung des Krieges auf dem Balkan führen.

In der Verfassung der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien war das Recht auf Sezession allen Völkern zugesichert. Das hat Tito in seiner Ansprache zum 8.Mai 1975 ausdrücklich wiederholt. Dies wurde von Serbien und von der westlichen Diplomatie nicht zur Kenntnis genommen.

Die Bezeichnung Rest-Jugoslawien ist im Westen für die beiden Republiken Serbien und Montenegro übernommen worden; doch ist sie irreführend. Die Führung in Belgrad hatte das "alte Jugoslawien" durch einen inneren Wirtschaftskrieg gegen andere Republiken, durch den Bruch der Verfassung und schliesslich durch kriegerische Ueberfälle aufgelöst. Rest-Jugoslawien wurde zwar mit diplomatischen Sanktionen belegt. Doch bestätigt die Anerkennung des Präsidenten Slobodan Milošević als Gesprächspartner und Repräsentant von Rest-Jugoslawien, dass dieser Staat weiter besteht. Dies erleichtert es dem Westen, keine anderen Sprecher aus dem Gebiet anzuhören, geschweige denn zu Verhandlungen einzuladen.

Die Bezeichnung der Kriege als Bürgerkrieg ist von Politikern und Medien im Westen angenommen, festgeschrieben und wiederholt worden, obwohl es sich offensichtlich um Eroberungs-, Vertreibungs- und Vernichtungskriege handelt. Solche Kriege sind uns aus der Geschichte faschistischer und nationalsozialistischer Staaten bekannt. Wie Hitler sein Ziel, die Vertreibung und Vernichtung der Juden in seinem Buch "Mein Kampf" angekündigt hat, sind die Ziele zur Errichtung des Grossserbischen Reiches seit 1986 wiederholt von massgebenden Politikern prokla-

36

miert worden. Die Angegriffenen sehen die Kriege als Folge des "serbischen Hegemonismus" an. Ein Bürgerkrieg ist der Krieg in Bosnien nur in formaler Hinsicht, insoweit als alle Beteiligten - mit Ausnahme einiger Kriegsfreiwilliger aus Russland bei serbischen Truppen, aus Deutschland bei kroatischen Freischärlern und wohl heute auch aus islamischen Ländern bei der bosnischen Armee - ehemals jugoslawische Bürger waren, nicht anders als im III. Reich die zur Vernichtung bestimmten Juden deutsche, österreichische, polnische Bürger und Bürgerinnen gewesen sind. In einem Bürgerkrieg müssen auswärtige Beobachter neutral sein. Der Ausdruck ist wertfrei; alle Ziele der Beteiligten sind als gleichwertig einzuschätzen. Man darf nicht eingreifen, keine Stellung beziehen; würde man Angreifer und Angegriffene benennen, hätte man bereits Partei ergriffen. Jedermann in den zur Vermittlung eingeschalteten Gremien weiss, dass es kein Bürgerkrieg ist, was sich seit zwei Jahren in Bosnien abspielt; ein naives Nichtverstehen ist auszuschliessen. Hingegen ist das Festhalten an der Formel Bürgerkrieg ein zynischer Exkulpationsversuch der UNO und EU-Vermittler, auf den sie angewiesen sind. Auch wenn der Ausdruck nicht mehr so oft wiederholt wird, soll diese Einschätzung die Tatsache vernebeln, dass kriegerische Eroberungen hingenommen und legitimiert und die Opfer des "exterministen" Krieges neutral als eine Bürgerkriegspartei neben anderen eingeschätzt werden. Daraus leitet sich eine Schuldzuweisung ab. Alle Beteiligten sind gleich schuld am Krieg; natürlich auch Bosnien-Herzegowina, das sich militärisch nicht gerüstet, sich bis zum

unprovozierten Angriff penibel neutral verhalten und für friedliche Verhandlungen offen gehalten hat. Fragen nach Ursache und Wirkung, wie ich sie stelle, werden in den Medien jedoch häufig als unzulässige Schuldzuweisung zurückgewiesen.

Rechtliche und Völkerrechtliche Prinzipien werden von den Vermittlern willkürlich befolgt oder ausser Acht gelassen. Militärische Eroberungen werden zu "Tatsachen" verniedlicht und akzeptiert. Trotz der intensiven Einmischung der Vermittlungsgremien, die seit

6

bald drei Jahren existiert, kann zum Schutz der Albaner in Kosovo nichts unternommen werden, denn gerade das wäre Einmischung in Angelegenheiten des souveränen Staates Rest-Jugoslawien. Der Umstand, dass Slobodan Milošević und Franjo Tudjman legal gewählt worden sind, legitimiere sie als Verhandlungspartner. Der Führer der bosnischen Serben Ra-

37

dovan Karadzic und sein "selbsternanntes" Parlament sind nicht legal gewählt worden, werden de facto als legitimiert angesehen. Andererseits können Vertreter einer Friedenspolitik, mit repräsentativen oppositionellen Sprechern aus allen Republiken nicht angehört werden, weil sie nicht legitimiert sind.

Als der Krieg in Bosnien-Herzegowina vor zwei Jahren ausgebrochen ist und im Mittelpunkt der Bemühungen von UNO und EU (früher EG) steht und die Aufmerksamkeit der Welt erregt, musste weiter verfälscht werden. Die Invasionsarmee wurde (nach der Lesart Belgrads) sogleich als Armee der Bosnischen Serben bezeichnet, obwohl bekannt war, dass sie im Mai 1992 durch ein Abkommen von der ehemaligen Gesamtarmee abgespalten worden war, ohne dass vorerst Personal ausgewechselt wurde, während Ausrüstung und Nachschub aus Serbien garantiert und weiter geliefert worden sind. Eine Aufteilung nach ethnischen Gesichtspunkten ist von den Vermittlern als Kriegsziel akzeptiert und hartnäckig versucht worden, mittels des sogenannten Vance-Owen-Plans durchzusetzen. Dass eine solche Aufteilung der UNO-Resolution widerspricht und dass sie wegen der "leopardenfellartigen" Verteilung der Ethnien nicht möglich ist, stellte in den Augen der Diplomatie der Vermittler kein Hindernis dar. Sie gaben vor, einen Frieden durch die gerechte Dreiteilung des Landes anzustreben, obwohl ihnen bekannt war, dass die Regime von Serbien und Kroatien sich in einem Abkommen (von Karadjordjevi) lediglich auf eine Zweiteilung in einen grösseren serbischen und einen kleineren kroatischen Anteil geeinigt hatten.

Der Vorschlag zu einer Kantonalisierung nach dem Vorbild der Schweiz, der neuerdings wieder propagiert wird, ist eine weitere Irreführung. Es dürfte bekannt sein, dass sich die schweizer

Kantone nicht durch Eroberungen sondern (mit Ausnahme der Besetzung der Waadt durch Bern) freiwillig zusammengeschlossen haben, dass in der Eidgenossenschaft keine Vertreibungen ("ethnische Säuberungen"), keine Diskriminierung nach Herkunft oder Sprache und - seit 1848 - keine religiöse Diskriminierung zu verzeichnen ist. Doch sind dies gerade jene Absichten, die den Aufteilungsplänen für Bosnien-Herzegowina zugrunde liegen. (Die Schweiz hat folglich auch keine Gesetze zum Schutz von Minderheiten. Ich selber bin im italienischsprachigen Kanton Tessin heimatberechtigt, lebe in Zürich und habe die gleichen Rechte und Pflichten wie jeder Bürger welcher Religion oder Sprache auch immer.)

Vertreibungen durch Terror und die

38

Vernichtung von Populationen und ihren Kulturdenkmälern wurden etwa ein Jahr lang, nachdem damit in Kroatien begonnen worden war, im Westen offiziell nicht "bemerkt" und dann als Voraussetzung für die Erfüllung der serbischen Ansprüche hingenommen. Man spricht unbefangen von vollzogenen und noch bevorstehenden "ethnischen Säuberungen". Dies ist die serbische Version für den gleichen Prozess, der als Reinigung des germanischen Reiches von den Juden als grösstes Verbrechen unseres Jahrhunderts und vielleicht der Weltgeschichte angesehen wird.

Es wird von der gerechten Verteilung der von der internationalen Gemeinschaft gespendeten Hilfsgüter gesprochen, während diese bisher fast ausschliesslich nach dem von der serbisch-bosnischen Armee bestimmten Verteilungsmodus an die Bedürftigen geliefert werden können. Seitdem lange nach dem Angriff auf Bosnien-Herzegowina ein Waren- und Handels-Embargo gegen Serbien und Montenegro verhängt wurde, ist nie versucht worden, die Einfuhr von Waffen und Treibstoff, die unmittelbar der Kriegsführung dienen, zu unterbinden.

Die Embargokontrolle durch ein Aufgebot von Schiffen in der Adria, von wo nie Treibstoff nach Rest-Jugoslawien importiert worden war, galt als die Bestätigung dafür, dass Serbien seine kriegswichtigen Importe über die Donau und zu Land aus Griechenland weiterführen konnte. Hingegen hat sich die UNO immer wieder geweigert, das Waffenembargo gegen Bosnien-Herzegowina aufzuheben; eine Bewaffnung der Bosnier würde den Krieg verlängern. Die Aussage über den angestrebten Frieden ist eindeutig: das Ende des Krieges sollte mit der Kapitulation und endgültigen Aufteilung des Landes unter die Angreifer erzielt werden. Seit es der Republik Bosnien-Herzegowina gelungen ist, einigermaßen kampffähige Truppen aufzustellen, hat die internationale Gemeinschaft neue Argumente gefunden, um von ihrer wie auch immer begründeten Politik der Unterstützung der Angreifer abzulenken. Man urteilt nach rein humanitären, auf die Taten der kämpfenden Armeen beschränkten Gesichtspunkten. Alle die

Krieg führen, Angreifer und Verteidiger, sind gleich schuldig. Sie begehen Gewalttaten, die das Wesen jedes Krieges ausmachen. Nur das Ausmass und die Zahl der Gewalttaten erlaubt eine gewisse Unterscheidung, die jedoch keine diplomatische oder gar militärische Diskriminierung der einen oder anderen Seite begründen darf.

Besonders seltsam berührt es, dass die seit Beginn der Feindseligkeiten

39

von serbischen Medien und offiziellen Stellen stereotyp wiederholten Behauptungen von UNO-Beobachtern ernst genommen und in zahlreichen Medien, sogar von Experten des Westens ernstlich nachgeprüft oder gar als glaubwürdig bezeichnet werden: die Angegriffenen, also seit zwei Jahren die Bosnier, hätten diese oder jene Greuelthat selber verursacht, um Mitleid zu erregen oder bei der interessierten Öffentlichkeit und den Institutionen der UNO als Opfer Sympathien zu gewinnen. Allgemein bekannt wurde bei uns die Behauptung, "die Kroaten" oder die Bewohner von Dubrovnik (das mehrmals von der Land- und Seeseite mit Geschossen belegt wurde) würden die Zerstörung ihrer Stadt selber bewerkstelligen. Die letzte mir bekannt gewordene Behauptung dieser Art ist, dass die Bosnier die Ermordung von 17 getöteten Landsleuten in Prijedor selber vollzogen hätten, um Mitleid zu erregen. Dass solche absurde Lügen zuerst einmal nicht durchschaut werden dürfen, ist leicht nachzuweisen. Nachdem Sarajevo seit vielen Monaten belagert und täglich bombardiert worden ist, muss jeder Granateneinschlag in der Stadt, der besonders viele Opfer unter der Bevölkerung verursacht hat, von Experten daraufhin untersucht werden, von wo das Geschoss abgefeuert worden ist. Wenn dies an den Spuren des Einschlags nicht sicher festzustellen ist, bleibt jeweils die Frage offen, ob die Angreifer oder die Verteidiger der belagerten Stadt das Massaker geplant und verursacht haben.

Bekanntlich vertreten die serbischen Regime (in Belgrad und in Pale, Bosnien) die Auffassung, dass sie sich gegen eine aggressive muslimische Macht wehren müssten, um ihre Mitbürger vor tödlicher Bedrohung zu bewahren. Seitdem bosnische Truppen einige Erfolge haben oder in Gegenschlägen erfolgreich sind, werden sie von den UNO-Funktionären zur Mässigung ermahnt. Die internationale Gemeinschaft scheint zu vergessen, dass tief in Bosnien gekämpft wird, dass Bosnien-Herzegowina mehr als 70% seines Territoriums verloren hat und 230 000 Tote (meist Zivilisten), die Verwundeten nicht mitgerechnet, als Opfer der Angriffe zu beklagen hat. Aus den Kriegsgebieten ist geflohen wer konnte: Bosnier muselmanischer, kroatischer und serbischer Herkunft. Viele Hunderttausende Bosnier und Bosnierinnen sind in die Flucht getrieben worden. Das wird scheinbar vergessen, wenn heute die bosnische Armee gebrandmarkt werden soll.

Es ist wenig wahrscheinlich, dass es die diplomatische Rücksicht auf Russland war (das traditionell seine slawischen christlich-orthodoxen serbischen Brüder unterstützt), die zur Begünstigung der Angreifer und

40

zur Tarnung dieser Haltung geführt hat. Das Lügennetz war längst etabliert, als sich Russland, das sich am Balkankonflikt lange ebenso wenig interessiert gezeigt hatte wie die U.S.A., endlich eingeschaltet hat.

Heute ist es nicht möglich, mit Sicherheit zu sagen, was mehr zum teilweisen Einlenken der Belagerer von Sarajewo geführt hat: die demonstrative Entschlossenheit der UNO, die Blauhelme zu verteidigen und die NATO-Flugwaffe einzusetzen, die russische Diplomatie, die sich anscheinend im Einverständnis mit der amerikanischen Administration an den Verhandlungen beteiligt und ihren Einfluss auf die serbische Führung geltend macht, oder anderes, das heute nicht eingeschätzt werden kann. Vieles weist darauf hin, dass die grossserbische Option nicht aufgegeben worden ist. Mir würde es einleuchten, dass die Versteifung des bosnischen Widerstands der wichtigste Faktor ist, der eine Wendung der Politik der Vermittler zu versprechen scheint. Ob die Vermittler wirklich die Absicht haben, ihre bisherige Politik grundlegend zu revidieren oder dies nur vortäuschen, wird die weitere Entwicklung erweisen.

Ein neues Lügennetz wird gegenwärtig in unseren Medien geknüpft: Milošević wolle Frieden, Kardzić wolle einlenken, doch General Mladić, der militärische Führer der bosnischen Serben folge den Befehlen der politischen Führung nicht mehr und setze die Angriffe fort. Dabei wird ausgeblendet, dass alle drei genannten Exponenten an der grossserbischen Option festhalten. Diese Tatsache wird nicht einmal abgestritten; sie wird im Westen schlicht ignoriert.

Man hat mir vorgehalten, dass meine Biographie, die in die Jahre der Machtergreifung des Nationalsozialismus in Deutschland zurückreicht, mich veranlasst, die Konflikte im ehemaligen Jugoslawien so zu sehen, wie ich sie dargestellt habe. Dass die "Vermittler" die Angreifer unterstützen und nicht bloss ratlos oder untätig, durch ihre Uneinigkeit gelähmt zusehen, könnte auch ohne die Erfahrung als "Zeitzeuge" wahrgenommen werden. Warum sogar unabhängige Intellektuelle, die restlichen "Linken", und unsere recht unabhängige Presse, die sich auf unzählige Zeugnisse und Reportagen aus den Kampfgebieten stützen können, nicht zur gleichen Auffassung kommen, warum diese nicht einmal diskutiert wird, ist schwer zu sagen. Viele der Lügen sind leicht zu durchschauen. Nach der Richtigstellung müssten in einem nächsten Schritt Schlüsse auf die Politik gezogen werden. Ist es vielleicht unmöglich, sich von etablierten anerkannten Werten, vom Glauben an die

41

Menschlichkeit der internationalen Gremien zu distanzieren - um zur politischen Analyse zurückzukehren?

Heute ist die Rede davon, dass die UNO vor dem Problem steht, ihre Neutralität im Bosnien-Konflikt aufzugeben. Dagegen stünde nicht nur der Einspruch der russischen Diplomatie, sondern vor allem die öffentliche Meinung in Europa und den Vereinigten Staaten, die gegen eine militärische Verstrickung ins Kriegsgeschehen eingestellt ist.

Ich sehe das Problem anders: Eine Neutralität im Sinn der deklarierten und von Meinungsmachern und Medien wiedergegebenen Politik hat es nie gegeben. Kann man - so müsste man fragen - von einer Politik der Unterstützung der Angreifer, die man seit bald drei Jahren betrieben hat, ohne unerträgliche Einbussen an Menschen - leben und politischem Kapital überhaupt wegkommen? Sicher reicht es nicht, die Verschleierung der bisherigen Politik zu zerreißen und sie klarer (wie ich meine richtiger) zu analysieren.

Wäre es nicht höchste Zeit, statt die Kriegsfürsten als einzige Verhandlungspartner anzuerkennen und sie damit aufzuwerten, endlich die Befürworter friedlicher Lösungen, die es in allen Teilen des ehemaligen Jugoslawien, also in Belgrad, Zagreb, Sarajewo, Podgorica, Prishtina, u.s.w. immer noch gibt, also jene Männer und Frauen einzuberufen, mit denen Wege für einen Frieden ohne Vertreibungen, Terror und Völkermord zu suchen wären.